

Hauptsatzung
der Ortsgemeinde Dörnberg
vom 01.09.2009

Inhaltsübersicht

Präambel	1
 1. Abschnitt: Öffentliche Bekanntmachungen	
§ 1 Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben	1
§ 2 Unterrichtung der Einwohner	2
§ 3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	2
 2. Abschnitt: Ausschüsse des Gemeinderates	
§ 4 Ausschüsse des Gemeinderates	2
§ 5 Übertragung von Aufgaben des Gemeinderates auf Ausschüsse	3
 3. Abschnitt: Ortsbürgermeister / Beigeordnete	
§ 6 Übertragung von aufgaben des Gemeinderates	3
§ 7 Beigeordnete	3
 4. Abschnitt: Aufwandsentschädigungen	
§ 8 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeinderates	4
§ 9 Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen	4
§ 10 Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters	4
§ 11 Aufwandsentschädigung der Beigeordneten	4
§ 12 Inkrafttreten	5

Präambel

Der Gemeinderat hat aufgrund der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung (GemO), der §§ 7 und 8 der Landesverordnung zur Durchführung der Gemeindeordnung (GemO DVO), des § 2 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung kommunaler Ehrenämter (KomAEVO) die folgende Hauptsatzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

1. Abschnitt: Öffentliche Bekanntmachungen

§ 1 Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde erfolgen im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Diez.
- (2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Absatz 1 durch Auslegung im Dienstgebäude der Verbandsgemeindeverwaltung Diez zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bekannt gemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor dem Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens sieben volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.
- (3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und hierfür keine besonderen Bestimmungen gelten, gilt Absatz 2 entsprechend.
- (4) Dringliche Sitzungen im Sinne von § 8 Abs. 4 GemO DVO zu § 27 GemO des Gemeinderats oder eines Ausschusses werden abweichend von Absatz 1 durch Aushang an der Seiteneingangstür des Dorfgemeinschaftshauses Dörnberg, Breiter Weg 1 bekannt gemacht, sofern eine rechtzeitige Bekanntmachung gemäß Absatz 1 nicht mehr möglich ist.
- (5) Kann wegen eines Naturereignisses oder wegen anderer besonderer Umstände die vorgeschriebene Bekanntmachungsform nicht angewandt werden, so erfolgt in unaufschiebbaren Fällen die öffentliche Bekanntmachung durch öffentlichen Ausruf oder durch Aushang an der Seiteneingangstür des Dorfgemeinschaftshauses Dörnberg, Breiter Weg 1. Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses in der

vorgeschriebenen Form nachzuholen, sofern nicht der Inhalt der Bekanntmachung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

- (6) Sonstige Bekanntgaben erfolgen gemäß Absatz 1, sofern nicht eine andere Bekanntmachungsform vorgeschrieben ist.

§ 2 Unterrichtung der Einwohner

Die Unterrichtung der Einwohner über wichtige Angelegenheiten der örtlichen Verwaltung (§ 15 Abs. 1 GemO) und über die Ergebnisse von Ratssitzungen (§ 41 Abs. 5 GemO) erfolgt im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Diez.

§ 3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde können nach Maßgabe des § 17 a GemO in den gesetzlich festgelegten Fällen einen Bürgerentscheid über wichtige Gemeindeangelegenheiten beantragen.

2. Abschnitt: Ausschüsse des Gemeinderates

§ 4 Ausschüsse des Gemeinderates

- (1) Der Gemeinderat bildet folgende Ausschüsse:
1. Bau- und Liegenschaftsausschuss
 2. Rechnungsprüfungsausschuss
 3. Kindergartenausschuss
 4. Festausschuss (nach Bedarf)
- (2) Die Ausschüsse (Ziffer 1 und 2) haben 3 Mitglieder und für jedes Mitglied einen Stellvertreter. Der Kindergartenausschuss hat 2 Mitglieder, wovon der Bürgermeister als Geschäftsführer des Kindergartens vorgegeben ist. Für den zeitlich befristeten Festausschuss werden keine Mitglieder festgelegt. Er kann je nach Bedarf mit nicht dem Rat angehörenden Angehörigen erweitert werden.
- (3) Die Mitglieder der Ausschüsse werden aus der Mitte des Gemeinderates gewählt und können durch externe Fachkräfte erweitert werden. Die Ausnahme bildet der Kindergartenausschuss, wo lediglich ein Mitglied aus der Mitte des Gemeinderates

gewählt wird.

§ 5 Übertragung von Aufgaben des Gemeinderates auf Ausschüsse

- (1) Soweit einem Ausschuss die Beschlussfassung über Angelegenheiten nicht übertragen ist, hat der Ausschuss innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches die Beschlüsse des Gemeinderates vor zu beraten.
- (2) Dem Kindertagenausschuss wird Entscheidungskompetenz bei Abstimmungen im gemeinsamen Kindertagenausschuss der Trägergemeinden eingeräumt (Befugnisse gem. dem Vertrag über die Trägerschaft und die Finanzierung der Kindertagesstätte Dörnberg, § 5). Der Gemeinderat ist anschließend von den Entscheidungen zu unterrichten.

3. Abschnitt: Ortsbürgermeister / Beigeordnete

§ 6 Übertragung von Aufgaben des Gemeinderates

Auf den Ortsbürgermeister wird die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten übertragen:

1. Verfügung über Gemeindevermögen sowie die Hingabe von Darlehen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 500 € im Einzelfall,
2. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 500 € im Einzelfall,
3. Aufnahme von Krediten im Rahmen der Haushaltssatzung,
4. Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe allgemeiner Grundsätze und Richtlinien des Gemeinderates.
5. Stundung gemeindlicher Forderungen bis zu einem Betrag von 500 € im Einzelfall.
6. Entscheidung über die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln zur Fristwahrung.
7. Wahrnehmung der geschäftsführenden Aufgaben für den Kommunalen Kindergarten Dörnberg.
8. Die gemeindliche Vertretung der Mitgliedschaftsrechte in der Jagdgenossenschaftsversammlung.

9. Die gemeindliche Vertretung der Mitgliedschaftsrechte im Forstverband Lahn-Esterau.

§ 7 Beigeordnete

Die Gemeinde hat bis zu 2 Beigeordnete.

4. Abschnitt: Aufwandsentschädigungen

§ 8 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Eine Aufwandsentschädigung an die Mitglieder des Gemeinderates wird nicht gezahlt. Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten einen jährlichen Pauschalbetrag in Höhe von 10,00 € sofern sie ihre Bereitschaft am ausschließlich elektronischen Erhalt der Sitzungsunterlagen und Niederschriften erklärt haben. Diese Kostenerstattung wird im letzten Quartal des Jahres überwiesen.
- (2) Gemeinderatsmitglieder erhalten für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz.

§ 9 Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen

Den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses wird für die Teilnahme an der Rechnungsprüfung bei der Verbandsgemeindekasse in Diez je angefangener Prüfungstag eine pauschale Reise- und Fahrtkostenentschädigung in Höhe von einem Dreißigstel der monatlichen Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters gewährt.

§ 10 Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters

- (1) Die dem Ortsbürgermeister gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 KomAEVO zustehende monatliche Aufwandsentschädigung wird um 10 % gem. § 12 Abs. 1 Satz 2 KomAEVO erhöht.
- (2) Sofern nach den steuerrechtlichen Bestimmungen die Entrichtung der Lohnsteuer nach einem Pauschsteuersatz möglich ist, wird die Pauschsteuer von der Gemeinde getragen. Die pauschale Lohnsteuer und pauschale Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge werden auf die Aufwandsentschädigung nicht angerechnet.

§ 11 Aufwandsentschädigung der Beigeordneten

- (1) Der ehrenamtliche Beigeordnete erhält für den Fall der Vertretung des Ortsbürgermeisters eine Aufwandsentschädigung in Höhe der Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters gemäß § 12 Abs. 1 KomAEVO. Erfolgt die Vertretung des Ortsbürgermeisters nicht über die Dauer eines vollen Monats, so beträgt sie für jeden Tag der Vertretung ein Dreißigstel des Monatsbetrags der dem Ortsbürgermeister zustehenden Aufwandsentschädigung.
- (2) Ehrenamtliche Beigeordnete, die nicht Mitglied des Verbandsgemeinderates sind, jedoch in Vertretung des Ortsbürgermeisters an Sitzungen des Verbandsgemeinderates teilnehmen und denen keine Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 gewährt wird, erhalten für die Teilnahme an diesen Sitzungen von der Ortsgemeinde eine Aufwandsentschädigung von 8,00 € Entsprechendes gilt für die Teilnahme an Besprechungen des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde mit den Ortsbürgermeistern gemäß § 69 Abs. 4 GemO.
- (3) Sofern nach den steuerrechtlichen Bestimmungen die Entrichtung der Lohnsteuer nach einem Pauschsteuersatz möglich ist, wird die Pauschsteuer von der Gemeinde getragen. Die pauschale Lohnsteuer und pauschale Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge werden auf die Aufwandsentschädigung nicht angerechnet.

§ 12 Inkrafttreten

- (1) Diese Hauptsatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung in der Fassung vom 30.08.2004 in der Fassung vom 19.11.2007 außer Kraft.

Dörnberg, den 01.09.2009

(Norbert Menche)
Ortsbürgermeister